

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
Kommunale Gesundheitskonferenz
am Mittwoch, **24.06.2026**, 15:00 Uhr - 17:00 Uhr,
Festsaal, 1. Etage, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren: s. Anlage 01

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. **Begrüßung**
2. **Festlegung der Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.06.2025**
3. **Mitteilungen der Geschäftsstelle**
4. **Bericht aus der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG)**
5. **Projekt „VaTi – Verwaltung aktiv, Teilhabe intensiv“ der Deutschen Rentenversicherung Westfalen**
6. **Gesundheitsberichterstattung – Ergebnisse aus der Münsterumfrage 2025 zum allgemeinen Gesundheitszustand und zur Bewertung der Wohnumgebung**
7. **Projektgruppe „Gesundheitskompetenz stärken“ – Handlungsempfehlungen zur Abstimmung in der KGK**
8. **Projektgruppe „Prävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen“ – Sachstand**
9. **Vorschlag für und Diskussion über das zukünftige Jahresthema der KGK**
 - 9.1. EntschlieÙung der 33. Landesgesundheitskonferenz „Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen für den Krisenfall stärken – Herausforderungen gemeinsam annehmen.“
 - 9.2. Vorschlag: „Münster entscheidet sich“ – Eine stadtweite Initiative für bewusste Entscheidungen zur Organspende
10. **Verschiedenes**

Punkt 1 der Tagesordnung**Begrüßung**

Frau Stadträtin Wilkens begrüßt die Anwesenden.

Punkt 2 der Tagesordnung**Festlegung der Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.06.2025**

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen festgesetzt. Das Protokoll der letzten Sitzung wird ohne Änderungen genehmigt.

Auf Nachfrage meldet sich niemand, der oder die eine nichtöffentliche Beratung für einen Tagesordnungspunkt beantragt.

Punkt 3 der Tagesordnung**Mitteilungen der Geschäftsstelle****Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen im Rahmen des Hitzeaktionsplans**

Im Rahmen der Umsetzung des Hitzeaktionsplans werden aktuell verschiedene öffentlichkeitswirksame Maßnahmen durchgeführt, um die Bevölkerung für die gesundheitlichen Risiken von Hitze zu sensibilisieren und auf Schutzmöglichkeiten aufmerksam zu machen.

Wahrzunehmen war im öffentlichen Raum z.B. die Plakatkampagne im Stadtgebiet, die unter anderem an Buswartehallen zu sehen war. Die Motive richteten sich insbesondere an vulnerable Bevölkerungsgruppen und riefen dazu auf, aktuelle Hitzewarnungen der Warn-App NINA und vom Deutschen Wetterdienst zu nutzen.

Darüber hinaus gibt es ein Informationspaket mit verschiedenen Materialien zur Hitzekommunikation. Dieses umfasst

- einen Flyer mit allgemeinen Informationen zum Thema Hitze und Gesundheit,
- einen Hitzefächer mit praktischen Verhaltenstipps für heiße Tage,
- einen Hitzewarner, der bei 28 °C seine Farbe verändert und über einen QR-Code auf weiterführende Informationen verweist, sowie
- Postkarten, die insbesondere Schwangere, Eltern kleiner Kinder und ältere Menschen dazu ermutigen, die Warn-App NINA oder den Deutschen Wetterdienst für Hitzewarnungen zu nutzen (ergänzend zur Plakatkampagne).

Mit diesen Maßnahmen sollen die Aufmerksamkeit für das Thema Hitzeschutz erhöht und insbesondere Menschen unterstützt werden, die durch hohe Temperaturen gesundheitlich besonders gefährdet sind. Die Materialien können unter KlimaundGesundheit@stadt-muenster.de angefordert werden.

Clearingstelle „Klar für Gesundheit“

Die Clearingstelle „Klar für Gesundheit“ hat sich in den letzten gut 10 Jahren als fester Bestandteil der Münsteraner Versorgungsstruktur etabliert. Sie verfolgt das Ziel, Menschen ohne oder mit ungeklärtem Krankenversicherungsschutz Zugang zum gesundheitlichen Regelversorgungssystem zu ermöglichen. In der bisherigen Projektlaufzeit konnte die Clearingstelle bei einer Vermittlungsquote von 67% fast 1.300 Menschen zu einem Krankenversicherungsschutz verhelfen.

Die Umsetzung erfolgt in trägerübergreifender Zusammenarbeit der Bischof-Hermann-Stiftung, der GGUA Flüchtlingshilfe e.V. und dem Gesundheitsamt der Stadt Münster.

Das Projekt wurde bislang vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) gefördert. In der letzten Sitzung der Gesundheitskonferenz wurde über die Unsicherheit hinsichtlich einer Fortführung berichtet. Inzwischen ist die Finanzierung zunächst bis Ende 2027 gesichert. Seit diesem Jahr erfolgt die Förderung jedoch auf zwei Säulen und als Modellprojekt mit einem angepassten konzeptionellen Rahmen. Neben einer reduzierten Förderung durch das Land konnten zusätzliche Mittel der LVM-Versicherung eingeworben werden. Die Sicherstellung

der Finanzierung stellte sich damit so herausfordernd dar wie noch nie seit Bestehen der Clearingstelle.

Die erfolgreiche Arbeit der Clearingstelle und ihre zentrale Bedeutung für den Zugang zur gesundheitlichen Regelversorgung machen deutlich, dass langfristig verlässliche Finanzierungsstrukturen erforderlich sind. Aus Sicht der Verwaltung sollte daher frühzeitig über Wege zur dauerhaften Verstetigung des Angebots nachgedacht werden.

Aktuelle Situation zur hausärztlichen Versorgung

Münster ist nach den Bedarfsplanungsdaten der Kassenärztlichen Vereinigung insgesamt als hausärztlich überversorgter Bereich ausgewiesen. Dennoch zeigen sich mit Blick auf einzelne Stadtteile, insbesondere Stadtteile mit besonderen sozialen Herausforderungen, Engpässe bzgl. der hausärztlichen Versorgung bzw. bahnen sich diese an.

Die hausärztliche Praxis im Stadtteil Berg Fidel wurde zum April 2026 geschlossen. Als Gründe für die Aufgabe des Standortes wurden seitens der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) eine geringe Patientenzahl sowie wirtschaftliche Unrentabilität benannt. Es handelte sich um die einzige fußläufig erreichbare hausärztliche Anlaufstelle im Quartier. Das Gesundheitsamt, die KVWL und weitere Akteure haben sich intensiv darum bemüht, einen Arzt oder eine Ärztin dafür zu gewinnen, die Praxis im Stadtteil zu übernehmen und fortzuführen. Der Kassenarztsitz ist inzwischen an eine ca. 3 km entfernte Gemeinschaftspraxis übergegangen, so dass die meisten Bürgerinnen und Bürger dort unterkommen konnten. Dennoch führt die Schließung insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen sowie Haushalte ohne eigenes Fahrzeug zu einer spürbaren Versorgungslücke. Aus dem Stadtteil heraus wird der Bedarf für eine hausärztliche Praxis immer wieder deutlich gemacht. Vor der Sitzung hat Berg Fidel Solidarisch eine Liste mit Unterschriften an die Vorsitzende der Kommunalen Gesundheitskonferenz übergeben, die gesammelt wurden, um die Arztpraxis in Berg Fidel zu erhalten.

Auch Münster ist durch demografische Entwicklungen mit beginnenden Mangelsituationen in der hausärztlichen Versorgung betroffen. Dies wird perspektivisch besonders strukturschwache Quartiere und Außenstadtteile stärker betreffen. Das Ziel der Verwaltung ist es, in Zusammenarbeit mit Ärzteschaft und KVWL weiterhin eine gleichmäßige hausärztliche Präsenz im Stadtgebiet sicherzustellen.

Die KVWL ist gesetzlich für die Sicherstellung der ambulanten hausärztlichen Versorgung zuständig. Die Stadt hat auf Zulassungs- und Niederlassungsentscheidungen im hausärztlichen Bereich keine rechtlichen Einflussmöglichkeiten. Sie bleibt jedoch mit der KVWL und weiteren relevanten Akteuren im Austausch und prüft fortlaufend, wie bestehende Strukturen in Stadtteilen unterstützt und weiterentwickelt werden können. Parallel arbeitet das Gesundheitsamt an ergänzenden niedrigschwelligen gesundheitsbezogenen Angeboten. Dazu zählt die konzeptionelle Entwicklung eines Stadtteilgesundheitszentrums (s. TOP 7). Das Angebot ersetzt jedoch keine hausärztliche Versorgung.

Punkt 4 der Tagesordnung

Bericht aus der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG)

Der Sprecher der PSAG, Herr Dr. Ruland, berichtet über die Sitzung der PSAG am 16. Juni 2026. Das Protokoll der Sitzung ist als Anlage 02 beigelegt.

Informationen zu Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der Woche der Demenz (21. bis 27.9.2026) sind auf folgender Webseite zu finden: <https://www.stadt-muenster.de/woche-der-demenz#/mini>. Hier können Akteure in Münster, die Angebote für die Zielgruppe der Personen mit Demenz, An- und Zugehörige und Interessierte machen, bis zum 4. September Veranstaltungen eintragen.

Punkt 5 der Tagesordnung**Projekt „VaTi – Verwaltung aktiv, Teilhabe intensiv“ der Deutschen Rentenversicherung Westfalen**

Herr Nolte (DRV – Deutsche Rentenversicherung Westfalen), Frau Bimberg und Frau van Bentem (beide ZaR – Zentrum für ambulante Rehabilitation) stellen das fünfjährige, im Oktober 2026 auslaufende Projekt „VATI – Verwaltung aktiv, Teilhabe intensiv“ und erste Ergebnisse vor. Das Vorhaben wird über das Bundesprogramm rehapro finanziert und von der DRV Westfalen in Kooperation mit dem ZaR umgesetzt. Ziel des Projekts ist es, durch eine enge Zusammenarbeit der beteiligten Akteure den Zugang zu Rehabilitationsleistungen zu erleichtern und die berufliche sowie gesellschaftliche Teilhabe der Teilnehmenden zu fördern. Hierzu werden insbesondere Menschen mit komplexen neurologischen Erkrankungen frühzeitig identifiziert, durch ein fallmanagementbasiertes Teilhabemanagement begleitet und bedarfsgerecht zu geeigneten Rehabilitations- und Unterstützungsleistungen gesteuert. Erste Ergebnisse zeigen, dass ein frühzeitiger und proaktiver Beratungsansatz die soziale und berufliche Teilhabe unterstützen kann.

Mit § 13a SGB VI wurde eine gesetzliche Grundlage für das Fallmanagement der gesetzlichen Rentenversicherung geschaffen. Dadurch besteht die Perspektive, den im Projekt VaTi entwickelten Ansatz in die Regelversorgung zu überführen und zu verstetigen sowie das hierfür eingesetzte Personal weiter zu beschäftigen. Darüber hinaus wurden weitere Maßnahmen zur Verstetigung des Projektansatzes angestoßen, beispielsweise die Erarbeitung einer Handlungsleitlinie, die künftig im Fallmanagement Anwendung finden soll.

Das Projekt wird von der KGK positiv bewertet, insbesondere vor dem Hintergrund, dass trotz des Grundsatzes „Reha vor Rente“ weiterhin Fälle bekannt sind, in denen Versicherte ohne vorherige Reha in eine Erwerbsminderungsrente übergehen. Der Projektansatz adressiert diesen Handlungsbedarf.

Nähere Informationen zum Projekt können der Anlage 03 entnommen werden.

Punkt 6 der Tagesordnung**Gesundheitsberichterstattung – Ergebnisse aus der Münsterumfrage 2025 zum allgemeinen Gesundheitszustand und zur Bewertung der Wohnumgebung**

Frau Schönfeld vom Gesundheitsamt stellt ausgewählte Ergebnisse der Münsterumfrage 2025 vor (PPT siehe Anlage 04). Bei der repräsentativen Bürgerumfrage handelt es sich um eine Mehr-Themen-Befragung der städtischen Statistikdienststelle, die unter anderem den Themenbereich Gesundheit umfasst.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Münsteraner Bevölkerung ihren allgemeinen Gesundheitszustand insgesamt besser einschätzt als die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen und Deutschland. Gleichzeitig bestehen auch innerhalb Münsters Unterschiede in der selbsteingeschätzten Gesundheit, sowohl nach soziodemografischen Merkmalen als auch zwischen den Stadtteilen.

Bei der Bewertung der Wohnumgebung fallen die Unterschiede zwischen den einzelnen Themenbereichen größer aus als die Unterschiede zwischen den Stadtteilen. Als gesamtstädtische Handlungsbedarfe werden insbesondere die Themen kostenloses Trinkwasser und kühle öffentliche Räume hervorgehoben.

Auf Nachfrage wird erläutert, dass aufgrund des Mehr-Themen-Charakters der Befragung keine Differenzierung nach einzelnen Krankheitsbildern möglich war.

Darüber hinaus ist trotz der mit rund 4.200 Teilnehmenden vergleichsweise großen Stichprobe eine Auswertung auf Stadtteilebene nur eingeschränkt möglich. Die Rücklaufquote der Münsterumfrage 2025 lag bei 40 %. Nachtrag nach der Sitzung: Zum Vergleich wird ergänzend auf die Befragung des Robert-Koch-Instituts verwiesen, bei der in den drei Teilwellen der Jahrerhebung 2024 Teilnahmequoten zwischen 81,3 % und 75,3 % erreicht wurden.

Die vollständigen Ergebnisse der Münsterumfrage 2025 sind unter folgendem Link abrufbar: <https://www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/vo0050.php?kvonr=2004056336>

Punkt 7 der Tagesordnung**Projektgruppe „Gesundheitskompetenz stärken“ – Handlungsempfehlungen zur Abstimmung in der KGK**

Herr Dr. Puteanus als Sprecher der Projektgruppe stellt die Handlungsempfehlungen der Projektgruppe vor. Rund die Hälfte der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen weist eine geringe Gesundheitskompetenz auf. Dies verdeutlicht die besondere Relevanz des Themas. Vergleichsweise geringe Gesundheitskompetenz zeigen Menschen mit niedrigem Sozialstatus (70,6 %), finanzieller Deprivation (69,9 %) und niedriger Bildung (67,0 %). Die Handlungsempfehlungen umfassen die Stärkung communitybasierter Ansätze zur Gesundheitsförderung, den Ausbau digitaler Gesundheitskompetenz sowie die Weiterentwicklung niedrigschwelliger, quartiersnaher Unterstützungsstrukturen. Ein besonderer Schwerpunkt der Projektgruppenarbeit lag auf der Entwicklung eines Konzepts für ein Stadtteilgesundheitszentrum. Ausgangspunkt hierfür waren neben den fachlichen Erkenntnissen der Projektgruppe auch der Ratsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt „Gesundheit für Alle – der Gesundheitskiosk und die Gesundheitsleeze für Münster“ (A-R/0028/2022) sowie die Anregung der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup „Gesundheit für alle – Sicherung der allgemeinmedizinischen Versorgung und Aufbau eines Gesundheitskiosks / Stadtteilgesundheitszentrums, insbesondere in Berg Fidel“ (AHI/0001/2026). Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Rat bereits Mittel in Höhe von jeweils 180.000 Euro für die Jahre 2027 und 2028 für den Aufbau eines Stadtteilgesundheitszentrums in Berg Fidel bereitgestellt.

Seitens einzelner Mitglieder der KGK wird angeregt, medizinische Angebote wie die Blutdruckmessung in das Portfolio des Stadtteilgesundheitszentrums aufzunehmen. Solche Leistungen wurden im Konzept gezielt ausgeschlossen, insbesondere um Parallelstrukturen zur ärztlichen Versorgung und zu Apotheken zu vermeiden.

Die Handlungsempfehlungen werden einvernehmlich von der KGK verabschiedet (s. Anlage 05). Im dritten Quartal 2026 wird die Verwaltung in den relevanten politischen Gremien darüber berichten und zum Konzept für ein Stadtteilgesundheitszentrum einen Ratsbeschluss einholen.

Punkt 8 der Tagesordnung**Projektgruppe „Prävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen“ – Sachstand**

Frau Schmitz berichtet als Sprecherin der Projektgruppe über den aktuellen Stand zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zur Prävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen (s. PPT Anlage 06).

Als zentrale Handlungsfelder werden Sport und Bewegung, seelische Gesundheit, Medienkonsum sowie Ernährung benannt. Gesundheitskompetenz wird dabei als Querschnittsthema eingeordnet.

Als erste Handlungsempfehlung wird die Durchführung einer stadtweiten Gesundheitswoche vorgestellt. Im Rahmen der Gesundheitswoche sollen Akteure aus dem Gesundheitsbereich ihre Angebote öffnen und Kindern, Jugendlichen sowie Eltern niedrigschwellige Möglichkeiten zum Kennenlernen und Ausprobieren gesundheitsbezogener Angebote bieten. Ergänzend sind eigene Formate für Eltern und Fachkräfte vorgesehen.

Als weitere Handlungsempfehlung wird die Teilnahme am Landesprogramm [„Schatzsuche“ \(Gesunde Kita NRW – seelische Gesundheit\)](#) vorgestellt. Es handelt sich um ein Eltern- und Präventionsprogramm, das die seelische Gesundheit und Resilienz von Kindern fördert. Das Programm richtet sich an Kindertageseinrichtungen und Familienzentren und qualifiziert pädagogische Fachkräfte darin, gemeinsam mit Eltern die Stärken und Schutzfaktoren von Kindern in den Blick zu nehmen. Grundlage ist ein ressourcenorientierter Ansatz, bei dem Eltern als Expertinnen und Experten für ihre Kinder gestärkt und in ihrer Erziehungskompetenz unterstützt werden. Das Gesundheits- und Veterinäramt hat gemeinsam mit dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien die Teilnahme initiiert. Münster wurde für eine Teilnahme mit zunächst fünf

Kindertageseinrichtungen ab Frühjahr 2027 sowie weiteren fünf Einrichtungen im Jahr 2028 ausgewählt.

Punkt 9 der Tagesordnung	Vorschlag für und Diskussion über das zukünftige Jahresthema der KGK
---------------------------------	---

Punkt 9.1 der Tagesordnung	EntschlieÙung der 33. Landesgesundheitskonferenz „Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen für den Krisenfall stärken – Herausforderungen gemeinsam annehmen.“
-----------------------------------	---

In der Gesundheitskonferenz wurde vereinbart, jedes Jahr über die aktuelle EntschlieÙung der Landesgesundheitskonferenz zu berichten bzw. einzuordnen, ob diese als Schwerpunktthema der Kommunalen Gesundheitskonferenz geeignet ist.

Die Empfehlungen aus der EntschlieÙung vom 10. Dezember 2025 befassen sich mit dem Thema [„Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen für den Krisenfall stärken – Herausforderungen gemeinsam annehmen“](#). Sie befassen sich mit der Stärkung der Krisenresilienz des Gesundheitswesens und greifen ein breites Spektrum möglicher Krisenszenarien auf – von Pandemien und Naturkatastrophen über Cyberangriffe bis hin zu Fragen der zivilen Verteidigung. Die Erklärung verdeutlicht, dass die Vorbereitung auf solche Lagen eine gesamtgesellschaftliche und sektorenübergreifende Aufgabe ist.

Die EntschlieÙung beschreibt überwiegend Aufgaben und Rahmenbedingungen, die auf Bundes- und Landesebene bearbeitet werden. Aktuell sind hier Gesetzgebungsverfahren abzuwarten. In dem durch Bund und Land gesetzten Rahmen werden die o.g. Themen auf kommunaler Ebene in den bereits bestehenden Strukturen des Gesundheitswesens, des Bevölkerungsschutzes und des Katastrophenschutzes bearbeitet.

Berührungspunkte zu den Arbeitsfeldern der Gesundheitskonferenz bestehen insbesondere bei der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung, der Berücksichtigung vulnerabler Gruppen sowie der Vernetzung relevanter Akteurinnen und Akteure. Diese Aspekte können weiterhin in den Projektgruppen der Gesundheitskonferenz berücksichtigt werden.

Das Thema wird als wichtiges Thema erachtet, mit Blick auf die begrenzten kommunalen Einflussmöglichkeiten erscheint die Einrichtung eines eigenständigen Schwerpunktthemas der KGK derzeit jedoch nicht zielführend.

Punkt 9.2 der Tagesordnung	Vorschlag: „Münster entscheidet sich“ – Eine stadtweite Initiative für bewusste Entscheidungen zur Organspende
-----------------------------------	---

Herr Dr. Englbrecht und Frau Engelen bringen als Transplantationsbeauftragte des UKM das Thema Organspende unter dem Titel „Münster entscheidet sich“ als Vorschlag für ein Jahresthema der Kommunalen Gesundheitskonferenz ein (s. PPT Anlage 07). Dabei wird auf die bestehende große Diskrepanz zwischen der Zahl der Organspenden und der Anzahl der auf ein Spenderorgan wartenden Personen hingewiesen. Trotz vorhandener Instrumente wie Organspendeausweis und Organspenderegister besteht weiterhin ein erheblicher Bedarf, die Entscheidungs- und Registrierungsbereitschaft in der Bevölkerung zu erhöhen.

Ziel des Vorschlags ist es, das Thema im Rahmen einer koordinierten kommunalen Zusammenarbeit verschiedener Akteure aus Gesundheitswesen, Bildung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft stärker in die Öffentlichkeit zu bringen sowie die Aufklärung und Entscheidungsfindung zur Organspende zu fördern.

Die KGK beschließt einstimmig, eine Projektgruppe „Münster entscheidet sich – Eine stadtweite Initiative für bewusste Entscheidungen zur Organspende“ einzurichten.

Die Geschäftsstelle schreibt alle Mitglieder im Nachgang zur Sitzung an und bittet um Rückmeldung, wer in der Projektgruppe mitarbeiten möchte.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Projekt zur Prävention von Pflegebedürftigkeit der Charité

Frau Schulte-Sienbeck vom Sozialamt berichtet, dass die Charité vom 1.11.2015 bis 30.4.2029 eine Studie zur Prävention von Pflegebedürftigkeit durchführt. Ziel der Studie ist es, die Selbstständigkeit im Alltag von Menschen ab 65 Jahren mit beginnenden Einschränkungen möglichst lange zu erhalten und eine Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern. Die Teilnehmenden der Interventionsgruppe erhalten über 15 Monate in regelmäßigen Besuchen eine individuelle Unterstützung („Prevention Nursing“). Nähere Informationen können dem beigefügten Flyer entnommen werden (s. Anlage 08).

In Münster erfolgt eine Beteiligung an der Studie. Hierfür wird über die Charité Personal eingestellt, das organisatorisch an den Medizinischen Dienst und den Pflegestützpunkt Münster angebunden sein wird.

Neue Selbsthilfegruppen in Münster

Frau Vollmer von der Selbsthilfe-Kontaktstelle gibt einen Überblick über die aktuellen Gruppen Gründungen:

- Autismus (Betroffene im Alter von 18 - 40 Jahren)
- Kommunikationsstörungen
- Posttraumatische Belastungsstörung (Betroffene)
- Posttraumatische Belastungsstörung (Angehörige)
- PDA-Autismus (Elterngruppe)
- Sexualisierte Gewalt durch K.O.-Mittel (Online)
- Zuvieldenker*innen
- Zwangserkrankungen
- Häusliche Gewalt bei Frauen mit Migrationsvorgeschichte

Dank an die Verwaltung und die KGK

Herr Wölter vom Bündnis 90/Die Grünen/GAL bedankt sich bei der Verwaltung für die Gestaltung der KGK als wichtiges Koordinierungsgremium. Er hebt hervor, dass die Erarbeitung und jährliche Verabschiedung von Handlungsempfehlungen zu wechselnden Schwerpunktthemen die Münsteraner KGK im Vergleich zu anderen Kommunen besonders auszeichnet.

gez.
Cornelia Wilkens
Vorsitz

gez.
Merle Heitkötter
Schriftführung

Anlagen

- Anlage 01_Teilnehmende_KGK_2026
- Anlage 02_Protokoll PSAG 2026-06-16
- Anlage 03_Projekt „VaTi“
- Anlage 04_Münsterumfrage 2025
- Anlage 05_Handlungsempfehlungen_Gesundheitskompetenz stärken
- Anlage 06_PG Gesundheitsförderung bei Ki & Ju
- Anlage 07_Vorschlag für Jahresthema – Münster entscheidet sich
- Anlage 08_Projekt PräVPfleg